

gelesen

Eckhard Jesse

Der 17. Juni 1953 und fünfzig Jahre danach
Burghard Ciesla (Hrsg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentation sedition, Ch. Links Verlag, Berlin 2003, 255 Seiten, 19,90 Euro.
Torsten Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, R. Oldenbourg Verlag, München 2003, 261 Seiten, 19,80 Euro.
Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Metropol Verlag, Berlin 2003, 464 Seiten, 21 Euro.
Thomas Flemming, Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, be.bra verlag, Berlin 2003, 168 Seiten, 19,80 Euro.
Karl Wilhelm Fricke/ Roger Engelmann, Der „Tag X“ und die Staats-sicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konse- quenzen im DDR-Macht-

apparat, Edition Temmen, Bremen 2003, 347 Seiten, 24,90 Euro.
Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Auf- stand, Propyläen Verlag, München 2003, 486 Seiten, 24 Euro.
Guido Knopp, Der Auf- stand 17. Juni 1953, Hoffmann und Campe, Hamburg 2003, 303 Seiten, 24,90 Euro.
Ilko-Sascha Kowalczuk, 17. Juni 1953 – Volks- aufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Edition Temmen, Bremen 2003, 312 Seiten, 19,90 Euro.
Mählert, Ulrich (Hrsg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2003, 280 Seiten, 19,90 Euro.
Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.), „...und das Wichtigste ist doch die Einheit.“ Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, LIT Verlag, Münster 2003, 443 Seiten, 29,90 Euro.
Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der Anfang vom

langen Ende der DDR, Olzog Verlag, München 2003, 206 Seiten, 14,90 Euro.
Heiner Timmermann (Hrsg.), Juni 1953 in Deutschland. Der Auf- stand im Fadenkreuz von Kaltem Krieg, Katastro- phe und Katharsis, LIT Verlag, Münster u.a. 2003, 283 Seiten, 29,90 Euro.

Am 17. Juni 1953 brach in Ost-Berlin und in Teilen der DDR ein Volksaufstand aus. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich die Meldungen vom Streik der Bauarbeiter, der zum Flächenbrand wurde und sich nur durch die Sowjetarmee blutig ersticken ließ. Waren die Forderungen zunächst auf eine Rücknahme der Normen gerichtet, schlugen sie binnen kurzem in politische um. In 167 von 217 Land- und Stadtkreisen der DDR musste der Ausnahmestand erklärt werden, wie man inzwischen weiß, nicht zuletzt durch die akribischen Aufzeichnungen der Staatssicherheit. Eine Million Menschen soll auf den Straßen gewe-

sen sein. Der Ruf nach Freiheit und auch der nach Einheit erklang.

Im Juli des Jahres 1952 hatte die II. Parteikonferenz der SED den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR beschlossen. Die Verstaatlichung sollte nach sowjetischem Muster weiter vorangetrieben werden. Im Mai 1953 verkündete das Zentralkomitee der SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Erste Arbeitsniederlegungen und Unruhen waren die Folge. Eine dreiköpfige SED-Delegation mit Walter Ulbricht an der Spitze musste sich Anfang Juni in Moskau sagen lassen, dass ein „neuer Kurs“ nötig sei, damit sich die Situation in der DDR entspanne. Am 9. Juni übte das Politbüro der SED folgerichtig Selbstkritik und versprach eine Kurskorrektur. Dies führte zur Verunsicherung bei SED-Mitgliedern und ermutigte die Gegner der SED, die sich bestätigt sahen. Erst am 16. Juni erklärte sich das Politbüro zu einer Rücknahme der Normenerhöhung bereit.

Doch war dadurch die Erhebung wegen der großen Empörung nicht mehr zu stoppen. Die sowjetische Administration verhängte den Ausnahmezustand. Binnen kurzem brach der Aufstand zusammen. Die Zahl der getöteten Demonstranten

dürfte bei sechzig bis achtzig gelegen haben, zehn bis fünfzehn Personen kamen auf Seiten der DDR-Sicherheitskräfte ums Leben. Vor sowjetischen Standgerichten und DDR-Gerichten mussten 20 Aufständische ihr Leben lassen. Über 10 000 Menschen wurden verhaftet, über 2000 zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Hinrichtungen sowjetischer Soldaten, die sich geweigert haben sollen, auf Demonstranten zu schießen, gehören wohl in das Reich der Fabel.

„Unvermeidlicher Mauerbau“

Walter Ulbricht, den die sowjetischen Kommunisten fallen lassen wollten, konnte sich durch den Aufstand an der Spitze behaupten. Als Sündenböcke galten die beiden Politbüromitglieder Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt. Sie wurden der „Fraktionsbildung“ beschuldigt und verloren ihre Ämter. Auch wenn die SED in der Folge die Zügel etwas lockerer ließ, konnte sie den Flüchtlingsstrom nicht stoppen. Der Bau der Mauer im August 1961 erwies sich aus ihrer Sicht als unvermeidlich.

Während in der DDR der Aufstand offiziell als „Konterrevolution“ galt, vollzog sich in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Jahre

ein Wandel. Wurde das Ereignis zunächst als ein Volksaufstand bezeichnet, setzte sich später eine andere Interpretation durch. Charakteristisch dafür ist die Studie Arnulf Barings von 1965, die den Charakter der Erhebung als Arbeiteraufstand herausstreckt. Wo die SPD vor 1933 überproportional viel Einfluss besaß, so Baring, da war auch die Erhebung stark. Das nationale Element bildete bei ihm keine dominierende Rolle. Diese Tendenz überwog in den meisten Studien bis 1990, wobei in den letzten Jahren vor der deutschen Einheit das Thema kaum noch Interesse fand.

Nach dem Zusammenbruch der DDR änderte sich das Bild: zum einen in quantitativer Hinsicht, zum anderen in inhaltlicher Hinsicht. Die Zahl der Publikationen nahm aufgrund der erweiterten Quellenlage zu; der Tenor wandelte sich. Es wurde deutlich, dass der 17. Juni eine Vorgeschichte und ebenso eine Nachgeschichte mit Streiks und Demonstrationen hatte. Die Volkserhebung war damit größer als vermutet. Diesem Tenor entsprachen die Bücher von Torsten Diedrich und Manfred Hagen aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Eine sowjetische Denkschrift von Ende Mai 1953, die von der DDR einen neuen

Kurs verlangte, erblickte erst nach der „Wende“ das Licht der Öffentlichkeit. Sie wurde einer DDR-Delegation mit Walther Ulbricht an der Spitze Anfang Juni 1953 in Moskau übergeben. Auch von dieser Reise erfuhr die Forschung erst nach dem Zusammenbruch der DDR.

Was vor zwanzig Jahren undenkbar und noch vor zehn Jahren unwahrscheinlich gewesen wäre, trat 2003 ein, ein halbes Jahrhundert nach der Niederschlagung des Juni-Aufstandes in der DDR: Im ganzen Land fanden Gedenkveranstaltungen statt, politische Bildungsseminare und wissenschaftliche Tagungen. Mehr als zwanzig neue Publikationen überschwemmten den Büchermarkt. Das Ereignis, über das im Osten nicht gesprochen werden durfte und das im Westen später verdrängt wurde, war im ersten Halbjahr 2003 in aller Munde. Dabei ist Quantität noch nicht Qualität. In den letzten Jahren sind keine sensationellen Funde aufgetaucht, die es nahe legen, die Geschichte des 17. Juni umzuschreiben. Gleichwohl hat sich die Interpretation verändert.

Vor- und Nachgeschichte

Bei dem Buch von Hubertus Knabe handelt es sich

um eine Gesamtdarstellung aus einem Guss. Es zeichnet die Vorgeschichte nach, den Aufstand (nicht nur im Osten Berlins) sowie die Folgen. Den Beginn des Massenprotests datiert er zu Recht auf Ende 1952 und das Ende der Streiks über den 17. Juni hinaus. Wie andere beklagt der Autor die rigide Schwärzungspraxis bei den Akten des Staatssicherheitsdienstes. Knabe schreibt griffig, prägnant und pointiert, verliert sich selten in Details, ohne dabei das jeweils Typische der Aktionen hervorzukehren. Er analysiert die Rahmenbedingungen, verschweigt auch nicht die spontane Gewalttätigkeit und Zerstörungswut mancher Demonstranten. Seine Vor- und Nachgeschichte des 17. Juni macht dessen Hintergründe nachvollziehbarer.

Knabe, ein prominenter Sozialwissenschaftler, der lange bei der „Gauck-Behörde“ tätig war, präsentiert schwungvoll die Massenerhebung. Zu ihren Ursachen zählt er die Ablehnung des oktroyierten Systems, den forschenden Aufbau des Sozialismus, die Zunahme des Terrors, die Wirtschafts- und Versorgungskrise sowie Moskaus „neuen Kurs“, der die DDR zu einer Kurskorrektur gezwungen hatte. Die SED-Führung gab sogar Fehler zu, er-

munterte damit wider Willen ihre Gegner. Im Gegensatz zu Volker Koop, dessen Buch besprochen wurde, lehnt Knabe es angesichts der Vielgestaltigkeit des 17. Juni ab, sich auf einen bestimmten Terminus festzulegen. Die nationale Dimension spielt bei ihm eine eher geringe Rolle. Insofern steht der Untertitel in einem Spannungsverhältnis zu den Aussagen.

Thomas Flemming, dessen Buch den Titel *Kein Tag der deutschen Einheit* trägt, vertritt die These, dass wegen der Kürze der Erhebung eine Charakterisierung der Abläufe am 17. Juni schwierig sei. Aber der Inhalt deckt diesen Titel, wie bei Knabe, nicht unbedingt ab. „Die Erhebung war zu kurz, als dass sich eine klare Programmatik und revolutionäre Strukturen hätten herausbilden können. Zu ihren Merkmalen gehört zudem, dass es ein ‚Aufstand ohne Gesicht‘ geblieben ist, das heißt ohne Führungspersonen, von einigen lokalen Streikführern abgesehen“ (Seite 154). Der mit zahlreichen Faksimiles und Fotos gut dokumentierte Band liefert einen detaillierten Überblick, wenn auch in gedrängterer Form als bei Knabe, zur Vorgeschichte des 17. Juni, zu seinem Verlauf und zur Nachgeschichte. Allerdings ver-

dienen Rudolf Herrnstadt und Franz Dahlem die Charakterisierung als Repräsentanten eines „Reform-Sozialismus“ (Seite 156) nicht.

Anschauliche Fallstudien

Der von Ulrich Mählert herausgegebene Sammelband, der einem bunten Potpourri gleicht, ist interessant aufgemacht und enthält verschiedene Textsorten. So finden sich lebendig geschriebene Beiträge zum Aufstand in den Regionen. In dem handlichen Band tauchen anschauliche Fallstudien zu einigen Streikführern auf: Durch diesen Ansatz verliert der Aufstand etwas von seiner Anonymität, wiewohl es keinen einzigen ganz prominenten Aufständischen gibt.

Besonders bemerkenswert sind die beiden letzten Beiträge: Zum einen handelt es sich um einen 1954 aufgeschriebenen Augenzeugenbericht, der jetzt – völlig unverändert – das erste Mal an die Öffentlichkeit gelangt; zum andern gibt Bernd Faulenbach einen guten Überblick zur „Verarbeitung“ des 17. Juni in der Bundesrepublik wie in der DDR. Dort war der 17. Juni ein beständiges Trauma, ein Tabu, aber auch im Westen ließ die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse nach. Faulenbach

legt das gesteigerte Interesse an den damaligen Vorgängen dar. Der 17. Juni verkörpere gute demokratische Tradition im Kampf gegen den Totalitarismus. Es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen der demokratischen und der nationalen Tradition. Noch vor Jahren galt eine solche Interpretation nicht als konsensfähig.

Wer als interessierter Zeitgenosse ein informatives Buch ohne Ausbreitung wissenschaftlicher Kontroversen wünscht, ist mit dem neuesten „Knopp“ gut bedient. Der Bestsellerautor ist umstritten, weil ihm viele seine dramaturgisch gut nutzbaren Vereinfachungen vorwerfen. Der gemeinsam mit Friederike Dreykluft und Ricarda Schlosshan geschriebene Band basiert auf einer ZDF-Dokumentation. Er fängt beim Tod des russischen Diktators Stalin an, erläutert dann den „neuen Kurs“ mit seinen Folgen. Schließlich geht es um den Aufstand und seine schnelle Ausbreitung. Auch die Entwicklung nach dem Aufstand findet Berücksichtigung. Durch Marginalien hat der eilige Leser die Möglichkeit, zentrale Aussagen schnell zu erfassen. Es handelt sich um ein populärwissenschaftliches Werk ohne Anspruch auf neue Erkenntnisse, aber durch die

eingängige didaktische Komposition wird eine größere Leserschaft erreicht.

Torsten Diedrich und Hans Hermann Hertle legen *Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei* vor. Am 21. Juni erging ein Befehl an alle Bezirks-Chefs der Volkspolizei, die Vorgänge um den 17. Juni festzuhalten. „Richtlinien für die Berichterstattung über die Provokationen vom 16. bis 20. 6. 1953“ (Seite 66 f.) waren aus Gründen der Vergleichbarkeit vorgegeben. Auf der I. Zentralen Konferenz der Deutschen Volkspolizei zur Auswertung der Ereignisse am 17. Juni erklärte Karl Maron, der seinerzeitige Chef der „Hauptverwaltung für die Deutsche Volkspolizei im Ministerium des Innern“ und spätere Innenminister: „Einen zweiten 17. Juni wird es nicht geben, das können wir den amerikanischen Monopolherren und ihren deutschen Handlangern versprechen“ (Seite 65).

In der DDR war stets, auch in den Berichten der Volkspolizei, von der „faschistischen Provokation“ oder vom „konterrevolutionären Putsch“ die Rede. Der Westen galt als Urheber. Westliche Geheimdienste hätten Leute in der DDR zu gewalttamen Aktionen verführt. Beim Nachlesen, wie sich der

17. Juni in diesen Berichten widerspiegelt, wird offenkundig: Es war kein von außen inszenierter Putsch, der 17. Juni hatte innere Ursachen. Diese Berichte sind – wenige Tage nach dem 17. Juni verfasst – unter dem Eindruck der Ereignisse geschrieben. Im Norden war weniger „los“ als im Süden. Gleiches gilt übrigens für 1989.

Eine Studie von Torsten Diedrich aus dem Jahre 1991 konnte Details über die militärischen Aspekte ermitteln (zum Beispiel die Zahl der Toten). Sie ist nun in einer völlig veränderten Fassung neu erschienen. Zwar stehen die militärhistorischen Fragen mit manchen unbekannten Details im Vordergrund, doch spielen auch die Ursachen und die Folgen des 17. Juni eine große Rolle. Zumal die Schilderung der Rezeption des 17. Juni die profunde Quellen- und Literaturkenntnis des Autors zeigt, der freilich eine nicht sonderlich lesefreundlich gestaltete Arbeit vorgelegt hat. Die SED griff nach dem 17. Juni zum Mittel von „Zuckerbrot und Peitsche“ (Seite 215).

Die Rolle der Stasi

Karl Wilhelm Frickes und Roger Engelmanns Studie setzt nach einem guten Forschungsüberblick einen Schwerpunkt auf die Rolle der Staatssicherheit:

während der Ereignisse bei den unmittelbaren Reaktionen danach und bei der Abrechnung mit den „Hintermännern“. Das überrascht bei der Vita der Autoren nicht: Fricke hat vor 1989 „das“ Werk über die Staatssicherheit verfasst, Engelmann ist seit langem Forschungsleiter der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, wie der Name vollständig heißt. Folgerichtig erscheint der Band auch in der einschlägigen wissenschaftlichen Reihe. Mit dem Tag X ist jener Tag gemeint, an dem nach Auffassung der Partei die „faschistischen Provokateure“ zuschlagen wollten. Dieser Begriff war tatsächlich von Jakob Kaiser, dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, bei der Gründung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung im Jahre 1952 gebraucht worden, freilich in einem ganz anderen Sinne. Es ging um den Tag der Wiedervereinigung, dessen Zeitpunkt man nicht kenne.

Gut arbeiten die Autoren das Dilemma der Staatssicherheit heraus: War erst einmal das Wort von den „faschistischen Drahtziehern“ in die Welt gesetzt, sah sich die Staatssicherheit gezwun-

gen, dafür Beweise zu finden. Doch diese Aufgabe entsprach einer Quadratur des Kreises. Die Staatssicherheit musste einräumen, der Hintermänner nicht habhaft geworden zu sein. Trotzdem hielt sie an der Sprachregelung vom „faschistischen Putsch“ fest – selbst in internen Publikationen. Es lohnt, den Gründen für diese augenfällige Diskrepanz weiter nachzugehen. Handelte es sich um eine Selbstsuggestion, oder tat man nur so, als glaube man an einen Putsch des „Klassenfeindes“? Die Antwort darauf ist nicht einfach. Bis zum Untergang der Diktatur war die Staatssicherheit um die Tage des 17. Juni in einem beständigen Alarmzustand. Nur zu bekannt ist die an einen Obersten gerichtete Frage Erich Mielkes im Revolutionsjahr 1989, die in fast jedem der Bücher erwähnt wird: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Es war bald viel schlimmer – jedenfalls für Mielke.

Das Buch von Ilko-Sasha Kowalcuk, einem bei der Gauck-Behörde beschäftigten Historiker, bietet eine gute Übersicht zum Aufstand in den Regionen, ohne dass eine bestimmte Gegend bevorzugt wird. Wie der Autor zeigen kann, war die behauptete Hinrichtung russischer Soldaten, die sich

geweigert haben sollen, auf Demonstranten zu schießen, durch die Sowjetarmee eine Legende. Kowalczuk zeichnet auf dem neuesten Forschungsstand exakt die Ereignisse nach. Der dank seiner Bilder höchst anschauliche Band enthält ein Tondokument – und zwar einen Mitschnitt von einer Belegschaftsversammlung in einem Elektromotorenwerk in Wernigerode. Es vermittelt einen authentischen Eindruck von der damaligen krisengeschüttelten Atmosphäre. Marianne Birthler übt im Vorwort mit Recht Kritik an der Verschiebung des „Tages der deutschen Einheit“ als Feiertag vom 17. Juni auf den 3. Oktober.

Regionale Studien

Insgesamt sind drei größere Regionalstudien erschienen: Neben Hans-Peter Löhns bereits in der Juni-Ausgabe besprochenen Studie unter dem Titel *Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille* über die Situation in Halle an der Saale, einem Zentrum des Volksaufstandes, gibt es einen weiteren Band zu Halle und Magdeburg unter der Ägide des Hallenser Historikers Hermann-Josef Rupieper. In Halle wurde die SED-Bezirksleitung gestürmt und aus einem Gefängnis eine beträchtliche Anzahl

von Gefangenen befreit. Schnell entstand ein zentrales Streikkomitee, dessen Ende sich ebenso schnell vollzog. Löhns ist mit einem Beitrag über die Angehörigen der Universität Halle vertreten. Der Aufstand ging von den Fabriken aus. Warteten die Lehrenden ab, so beteiligten sich auch Studenten an den Demonstrationen. In dem Reader finden sich zahlreiche Fallstudien über das spontane Aufbegehren. Aufschlussreich ist besonders die Schilderung einiger Einzelschicksale, denn in der kurzen Zeit konnte sich aus der Masse der Aufständischen kaum eine Führungsperson herausheben. Die Studie über die drei Bezirke Brandenburgs (Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus) – neben Berlin und Halle Schwerpunkt der Demonstrationen – aus der Feder von Burghard Ciesla kann ebenfalls zahlreiche Forderungen nach Freiheit und nach Wiedervereinigung zeigen. Allerdings handelt es sich hier mehr um die Präsentation bisher unpublizierten Dokumentationsmaterials aus dem Brandenburgischen Landeshauptstadtarchiv und dem Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, um den umständlichen Namen etwas abzukürzen. Leider konzentriert sich die Ein-

führung sehr auf die Ereignisse am 17. Juni insgesamt, geht damit zu wenig auf die brandenburgische Entwicklung ein. Wie die Studien zu den Regionen erhellen, wäre die DDR-Diktatur beseitigt worden, hätte die Sowjetarmee nicht eingegriffen. Wenn über Sachsen jetzt keine größere Studie herausgekommen ist, so hängt das damit zusammen, dass 1999 eine monumentale Monografie von Heidi Roth vorgelegt wurde.

Aus dem Rahmen fällt der von Heiner Timmermann herausgegebene Band, stellt er doch die außenpolitischen Dimensionen in den Vordergrund. Siebzehn Historiker, Journalisten und (ehemalige) Geheimdienstmitarbeiter loten eine Perspektive aus, die häufig zu kurz kommt. Das ist verdienstvoll. Der von der Sowjetunion befahlene „neue Kurs“ in der DDR begünstigte nach Gerhard Wettig die Proteststimmung. Die Ausschaltung von Berija geschah nicht deshalb, weil dieser eine Neutralisierung wünschte. Seine Gegner warfen ihm pauschal „Verrat am Sozialismus in der DDR“ vor, wie es später hieß. Während Igor F. Maximtschew den Sturz Berijas damit in Verbindung bringt, sieht Wettig – wohl zu Recht – die Hinweise

auf seine deutschlandpolitischen Pläne als Konstruktionen an; „sie müssen als zweckbedingte Aussagen der siegreichen Gruppe nach erfolgtem Machtkampf innerhalb der sowjetischen Führung gelten“ (Seite 127). Hingegen, meint Fred S. Oldenburg, gab es bei Berija eine „nachweisbare Grundhaltung“, „die Deutsche Demokratische Republik zur Disposition zu stellen“ (Seite 231). Wenn dem so ist, wieso hat er dann den „neuen Kurs“ propagiert? Darauf gibt Oldenburg keine Antwort. Erst durch den Sturz Berijas und nicht schon durch die Niederschlagung der Erhebung vom 17. Juni sei Ulbricht wieder in die Offensive gelangt. Wie David E. Murphy zeigt, hatte der CIA mit den Unruhen des 17. Juni nichts zu tun. Dieser Befund muss in keinem Gegensatz zu der Moskauer Wahrnehmung stehen. Der Sammelband leidet insgesamt etwas unter der disparaten Anlage. Manches ist zufällig wie etwa die Wahrnehmung des 17. Juri aus der Sicht der Schweiz, Schwedens oder Chinas. Hingegen sind die Beiträge zur Rolle der Siegermächte wichtiger. Die Aufsätze greifen nicht ineinander und sind wenig aufeinander bezogen.

Auch in Rolf Steiningers Taschenbuch, das im zweiten Teil Dokumente präsentiert, spielt die außenpolitische Seite eine gewisse Rolle. Die DDR-Bevölkerung sei vom Westen, den der Aufstand überrascht habe, im Stich gelassen worden, wobei man sich fragt, wie eine Hilfe des Westens denn hätte aussehen können. Der 17. Juni sei ein „Geschenk des Himmels“ gewesen – für all jene, die am bisherigen Kurs in der Deutschlandpolitik festhalten wollten (Seite 61). Als habe seinerzeit eine Chance auf Einheit in Freiheit und Freiheit bestanden. Zu Recht belegt Steininger die völlige Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion – vor 1953, 1953 und nach 1953. Schon das macht die Unstimmigkeit seiner Position deutlich. Insgesamt bietet die Einführung kaum Neues.

Wandel der Erinnerungskultur

Die jetzt vorgelegten Studien bestätigen im Kern den Forschungsstand von Diedrich und Hagen von Anfang der neunziger Jahre. Viel Neues fördern sie nicht zu Tage. Der 17. Juni ist eines der Ereignisse in der deutschen Geschichte, die am besten aufgearbeitet sind. Wir wissen über die Ursachen,

den Ablauf und die Folgen des Aufstands gut Bescheid. Er war die erste Volkserhebung im Kommunismus. Über den Charakter des 17. Juni als Arbeiter- und Volksaufstand besteht weithin Einigkeit. Es ging um die Rücknahme der Normenerhöhungen, zugleich auch um Freiheit und Einheit.

In der Erinnerungskultur besteht ebenso weithin Konsens. Für alle tragen den gesellschaftlichen Richtungen ist diese gewaltsame und gescheiterte Volkserhebung der Vorläufer zur friedlichen und erfolgreichen Revolution 1989. Was 1953 fehlschlug, gelang 1989. Dies ist der Tenor nicht nur in den vielen Bänden, sondern auch in den Ansprachen vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat 2003. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident Wolfgang Böhmer und Bundespräsident Johannes Rau würdigten das Ereignis des 17. Juni in einer Weise, wie dies früher kaum geschah. Damit hat sich die Erinnerungskultur Deutschlands innerhalb eines Jahrzehnts gewandelt. Heute wäre es nicht mehr so einfach wie noch 1990, den Tag der deutschen Einheit vom 17. Juni auf den 3. Oktober zu (ver-)legen.